

«System ist breit akzeptiert»

Widmer-Schlumpf zieht Parallelen zu früheren Abstimmungen

For. Bern · Klare Sieger müssen nicht lange reden. In knappen Worten würdigte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf das deutliche Nein von Volk und Ständen zur Erbschaftssteuer-Initiative. Sie hätte negative Auswirkungen gehabt für die Kantone, den Föderalismus und den Wirtschaftsstandort Schweiz, sagte Widmer-Schlumpf vor den Medien. Aus Sicht des Bundesrates sprachen vor allem die Finanzautonomie der Kantone, die erschwerte Nachfolgeregelung bei Familienbetrieben und die problematische Rückwirkung gegen das Volksbegehren. Schenkungen hätten rückwirkend ab 2012 zum Nachlass gezählt werden sollen.

Gesellschaftlicher Konsens

Widmer-Schlumpf sprach am Sonntag von einer Serie von Abstimmungsergebnissen zu Steuerthemen, welche die Haltung von Bundesrat und Parlament stützten. In den vergangenen Jahren seien acht Volksinitiativen zu steuerlichen Themen allesamt abgelehnt worden. Dazu gehören die Initiativen zum Bausparen, zur Energiesteuer, zu den steuerfreien Kinderzulagen und zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Auch die SVP-Familieninitiative, die



REUTERS

«Das Steuersystem beruht auf einem gesellschaftlichen Konsens.»

Eveline Widmer-Schlumpf
Finanzministerin

Steuerabzüge für Eltern forderte, die ihre Kinder selbst betreuen, reiht sich hier ein. Diese Resultate zeigten, dass das Steuersystem der Schweiz auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhe, sagte die Finanzministerin. Zumindest, was die wichtigsten Fragen betreffe. Widmer-Schlumpf: «Das Steuersystem ist in der Bevölkerung breit akzeptiert.»